



Medienkommentar

# Bauern im Trommelfeuer des Great Reset Ein Kommentar von Ernst Wolff zu den Bauernprotesten



**In den vergangenen Jahren hat sich die Lage der Bauern weiter zugespitzt. Einem Trommelfeuer gleich werden die Landwirte von unterschiedlichsten Seiten in die Ecke gedrängt. Die geplante Streichung der Steuervergünstigungen beim Agrardiesel und bei der Kraftfahrzeugsteuer bringt das Fass zum Überlaufen. Finanzexperte Ernst Wolff setzt die Bauernproteste in Deutschland in einen größeren Zusammenhang. Denn die aktuellen Entwicklungen sind nur die Spitze des Eisbergs einer globalen Agenda.**

Die Streichung des Diesel-Rabatts brachte das Fass für die Bauern zum Überlaufen. Ihre Proteste bringen auf den Punkt, was den gesamten Mittelstand bewegt. Die Politik hat sich völlig entkoppelt von der Lebenswirklichkeit der Bevölkerung. Der Finanzexperte Ernst Wolff stellt die aktuelle Entwicklung rund um die Bauernproteste in Deutschland in einen größeren Zusammenhang. Seiner Meinung nach geht es um sehr viel mehr als nur die Streichung von Steuervergünstigungen.

WHO-Chef Tedros erklärte im vergangenen Jahr: "Unsere Lebensmittelsysteme schaden der Gesundheit der Menschen und des Planeten. Lebensmittelsysteme tragen zu über 30% der Treibhausgasemissionen bei und sind für fast ein Drittel der weltweiten Krankheitslast verantwortlich. Eine Umgestaltung der Lebensmittelsysteme ist daher unerlässlich." In der Agenda 2030, einer UN-Resolution aus dem Jahr 2015, heißt es: „Wir sind entschlossen, die kühnen und transformativen Schritte zu unternehmen, die dringend notwendig sind, um die Welt auf den Pfad der Nachhaltigkeit und der Widerstandsfähigkeit zu bringen...“

Hier wird klar, dass nicht die aktuelle Politik das eigentliche Problem ist: Es geht um eine globale Transformation und zunehmende Monopolisierung der Nahrungsmittelversorgung unter dem Deckmantel des Klimaschutzes. Der Finanzexperte Ernst Wolff analysiert die aktuelle Entwicklung rund um die Bauernproteste wie folgt:

Hallo, Ernst Wolf hier. Der Deutsche Bauernverband ruft gemeinsam mit den Landesbauernverbänden ab dem 8. Januar zu einer landesweiten Aktionswoche auf, die am 15. Januar in einer Großdemonstration in Berlin ihren Höhepunkt finden soll. Offizieller Anlass ist die von der Ampelkoalition geplante Streichung der Steuervergünstigungen beim Agrardiesel und bei der Kraftfahrzeugsteuer.

Die Verärgerung der Landwirte wundert einen nicht, wenn man bedenkt, wie sie seit Jahren immer stärker unter Druck gesetzt werden. Mit der Folge, dass immer mehr kleinere und mittlere Höfe aufgeben und großen Agrarbetrieben weichen müssen. In Zahlen ausgedrückt sieht die Situation folgendermaßen aus: Gab es 1995 in Deutschland noch ca. 390.000

Landwirtschaftsbetriebe, so waren es 2020, also ein Vierteljahrhundert später, nur noch etwa 240.000. Noch erschreckender sind die Zahlen für die Europäische Union. Von 2005 bis 2020, also innerhalb von nur 15 Jahren, fiel die Zahl von 14,4 Millionen Betrieben auf 9,1 Millionen. Das entspricht einem Rückgang von rund 37 Prozent. Man sieht also, es hat in der Landwirtschaft, so wie auch in der Industrie, auf Kosten kleiner und mittlerer Betriebe einen schnell fortschreitenden Konzentrationsprozess und damit eine kräftige Umverteilung von unten nach oben gegeben.

In den vergangenen drei Jahren hat sich die Lage der Bauern weiter zugespitzt. Zum bereits geschilderten Strukturwandel sind auch noch die Lieferkettenzusammenbrüche infolge der Lockdowns gekommen. Außerdem die erschwerte Wartung und Reparatur von Landmaschinen durch den Chipmangel, die Erhöhung von Maut- und CO<sub>2</sub>-Steuern, die Verteuerung von Düngern, insbesondere durch den Ukraine-Krieg und die erschwerte Kreditaufnahme aufgrund der Erhöhung der Zinsen durch die Europäische Zentralbank. Aber das ist noch nicht alles. Dieses Trommelfeuer an Problemen ist auch noch verschärft worden. Und zwar durch immer neue bürokratische Vorschriften und Regulierungen. Fast alle im Namen des Klimas. Dass auf diese Weise immer mehr Bauern den Kampf ums Überleben verlieren und zu Opfern internationaler Agrarkonzerne werden, ist allerdings kein Zufall.

Wir erleben ja zurzeit weltweit eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Zeitenwende, den Aufbruch in das digitale Zeitalter. In das führt uns allerdings eine verschwindend geringe Minderheit. Und zwar, ohne dass die Mehrheit in irgendeiner Weise ein Mitspracherecht hätte. Diese Minderheit, ein Kartell aus mächtigen Finanz- und IT-Konzernen, verfolgt dabei mehrere Ziele, die inzwischen auch als „Great Reset“ bekannt sind. Sie will uns alle biometrisch erfassen, sie will uns alle neues Geld, also digitales Zentralbankgeld, aufzwingen und sie will die Landwirtschaft von Grund auf umgestalten. Und zwar durch sogenanntes Smart Farming. Dazu zählen die Automatisierung der Arbeit von Traktoren und Geräten, die Verwendung von Drohnen oder Arbeitsrobotern und der Einsatz der künstlichen Intelligenz, zum Beispiel durch die Anwendung von Algorithmen im Pflanzenbau. Aber das ist nicht alles.

Der Great Reset im Bereich der Landwirtschaft setzt vor allem auf die Erkenntnisse der synthetischen Biologie, also auf genetisch verändertes Saatgut und neuerdings auch auf Laborfleisch. All das verkaufen uns die Protagonisten des Great Reset als Maßnahmen, die in unserem Interesse gegen den Klimawandel getroffen werden. Saatgut muss angeblich manipuliert werden, um die Pflanzen gegen den Klimawandel resistent zu machen. Und Laborfleisch muss normales Fleisch ersetzen. Da ja Rinder, Schweine und Schafe zu viel Methan ausstoßen. Das alles ist keine Satire, sondern bittere Realität. Dahinter verbirgt sich ein Milliarden-geschäft, in das bereits zahlreiche Großinvestoren eingestiegen sind. Es bedeutet aber auch die vollständige Unterwerfung der Landwirtschaft unter diese Investoren. Denn die Lizenzen und die Patente, sowohl auf klimaresistentes Saatgut als auch auf klimaneutrales Laborfleisch, gehen natürlich nicht an die Landwirte, sondern an die Vertreter des Kartells. Smart Farming wird, und darüber sollten wir uns im Klaren sein, genauso wenig zur Rettung der Welt beitragen wie der gesamte Rest der Klimaagenda. Smart Farming ist nichts anderes als ein Riesengeschäft zugunsten einer winzigen Minderheit und außerdem das Ende der Landwirtschaft, wie wir sie kennen. Eine besonders unrühmliche Rolle bei dieser fatalen Entwicklung spielt die Politik, die sich der Agenda des Great Reset fast vollständig untergeordnet hat.

Als größter Gegner der Landwirte haben sich dabei innerhalb der deutschen Ampelkoalition

die Grünen erwiesen, die zurzeit das Wirtschafts- und das Landwirtschaftsministerium innehaben. Sie scheinen keine Grenzen zu kennen, wenn es darum geht, die Landwirte immer weiter in die Enge zu treiben und den Großinvestoren einen roten Teppich auszurollen. Wie aber steht der Bauernverband zu dieser Entwicklung? Es ist schwer zu glauben, aber der Bauernverband steht ihr nicht nur hilflos gegenüber, er fördert sie sogar. Auf seiner Website kann man nachlesen, dass er sämtliche Klimaziele der Vereinten Nationen und die Vorgaben der Klimagipfel unterstützt und sich voll und ganz hinter deren CO2-Agenda stellt. Auf dem Parteitag der Grünen im November in Karlsruhe konnte man ihn sogar unter den Ausstellern und Sponsoren finden. Was aber veranlasst den Bauernverband nun im Januar 2024 dazu, von sich aus zu einer Aktionswoche mit Großdemonstration aufzurufen? Vermutlich die wachsende Unzufriedenheit vor allem kleinerer und mittlerer Landwirtschaftsbetriebe, die sich in den vergangenen Wochen und Monaten in zahlreichen lokalen und regionalen Pro-testaktionen Luft gemacht haben, die sich wiederum in einen Flächenbrand zu verwandeln drohen. Man kann also davon ausgehen, dass der Bauernverband nicht ganz freiwillig, sondern aus reinem Selbsterhalt auf die Proteste reagieren und dem Druck der Basis nachgeben muss.

Heißt das nun, dass man diese Protestaktionen ablehnen sollte? Nein, ganz im Gegenteil. Wer den Bauern wirklich helfen will, der sollte die gesamte nächste Woche nutzen, um ihnen durch sachliche Information klarzumachen, dass es um sehr viel mehr als nur die Streichung von Steuervergünstigungen geht, dass ihrem ganzen Berufsstand die Grundlage entzogen werden soll und dass sie ihr Schicksal, wenn sie sich erfolgreich gegen den Great Reset wehren wollen, auf keinen Fall den Funktionären des Bauernverbandes überlassen dürfen.

von kbr.

---

#### Quellen:

Kommentar Ernst Wolff

<https://www.youtube.com/watch?v=fYz1oxpCJTl>

Monopolisierung der Nahrungsmittel:

<https://apolut.net/feindliche-uebernahme-von-felix-feistel/>

Tedros, UN

<https://www.unnutrition.org/news/people-planet-and-prosperity-nutrition-cop28>

---

#### Das könnte Sie auch interessieren:

#Landwirte - [www.kla.tv/Landwirte](http://www.kla.tv/Landwirte)

#Bauernproteste - [www.kla.tv/Bauernproteste](http://www.kla.tv/Bauernproteste)

#ErnstWolff - Ernst Wolff - [www.kla.tv/ErnstWolff](http://www.kla.tv/ErnstWolff)

#Politik - [www.kla.tv/Politik](http://www.kla.tv/Politik)

#Medienkommentar - [www.kla.tv/Medienkommentare](http://www.kla.tv/Medienkommentare)

---

## Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf [www.kla.tv](http://www.kla.tv)

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: [www.kla.tv/abo](http://www.kla.tv/abo)

---

### Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

**Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!**

Klicken Sie hier: [www.kla.tv/vernetzung](http://www.kla.tv/vernetzung)

---

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.